

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Pfg., bei Lieferung frei Haus 55 Pfg. Kostbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 2-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stello.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell. Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderbeleg und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. V.: 2250 Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Dittler-Straße 4. Fernruf 518 und 55

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 151

Freitag, den 1. Juli 1938

90. Jahrgang

Keine Scheinlösungen

Festhalten an den Karlsbader Forderungen

Auf einer Vollsitzung des Parlamentarischen Klubs der Abgeordneten und Senatoren der Sudetendeutschen Partei und der Karpatendeutschen Partei gab Hauptamtsleiter Dr. Kreißl einen Ueberblick über den durchschlagenden Erfolg bei den Gemeindevahlen und charakterisierte das Ergebnis auch in nationalpolitischer Beziehung. Die Zunahme der tschechischen Stimmen im deutschen Gebiet bezeichnete er als eine vor allem durch den Staat vorwärtsgetriebene planmäßige Tschechisierung des sudetendeutschen Siedlungsraumes. Abgeordneter Eichholz berichtete über die Umschulung deutscher Kinder auf tschechische Minderheitsschulen und über den Kampf der Bevölkerung Huldshins, ihre Kinder entsprechend ihrem Bekenntnis zum deutschen Volk in deutsche Schulen schicken zu können. Der Klub begrüßt mit Genugtuung den mutigen Entschluß auch materiell abhängiger Eltern, ihre Kinder deutsch erziehen zu lassen, und stellte fest, daß die Mitgliedschaft bei der Partei unvereinbar ist mit der Zustimmung zur Erziehung deutscher Kinder in einer tschechischen Schule.

Zum Abschluß der Arbeitsberichte aus der Bewegung überbrachte der Stellvertreter Konrad Henleins, Abg. Karl Hermann Frank, die Grüße und den Dank Henleins an die Mitglieder des Parlamentarischen Klubs für die geleistete Arbeit.

Im zweiten Teil der Sitzung gab der Abgeordnete Kundt einen Ueberblick über die innerpolitische Entwicklung und insbesondere über den Gang und das bisherige Ergebnis der informativen Gespräche der Beauftragten Henleins mit dem Ministerpräsidenten Hodza. Die von Europa erwartete grundsätzliche Lösung der Nationalitätenfrage erforderte auch eine grundsätzliche Umstellung des politischen Denkens und der politischen Haltung auf tschechischer Seite.

Aus dem Bericht ging eindeutig hervor, daß die Beauftragten Henleins niemals einen Zweifel über die Notwendigkeit dieses Umbaus im Sinne der acht Forderungen der Karlsbader Haupttagung aufkommen ließen, und daß das Sudetendeutschtum durch keinerlei Scheinlösung zufriedengestellt werden könne.

Blüht Prag Europa?

Pariser Blatt verlangt Klarheit

Die Pariser „Liberté“ lenkt die Aufmerksamkeit auf verschiedene Auskünfte, die in der tschecho-slowakischen Frage gegeben werden, und verlangt im Interesse der Regelung des gesamten Problems eine Klärstellung. Alle Tage oder alle zwei Tage, so schreibt das Blatt, erscheine in Prag eine kleine amtliche Mitteilung, wonach

der tschecho-slowakische Ministerpräsident diese oder jene Minderheitenabordnung zur Aussprache über das Nationalitätenstatut empfangen habe. Das sei der offizielle Anblick der Angelegenheit. Andererseits — und dies sei der offiziöse Anblick — laufe in den Kreisen, die in unmittelbarem und freundschaftlichen Beziehungen mit dem tschecho-slowakischen Staatsschef Beneš und mit seinen Vertrauensmännern ständen, eine Auskunft um, derzufolge man in Prag fast kein wirkliches Interesse mehr an den Verhandlungen mit den Minderheiten habe. Man soll der tschecho-slowakischen Hauptstadt der Ansicht sein, genügend Zeit gewonnen zu haben, nachdem der Alarm vorbei sei, wäre in Zukunft unnütz, eine Regelung zu betreiben, an die man nicht glaube. Man habe bewiesen, daß man Deutschland Widerstand leisten könne (!). Das genüge für den Augenblick. Den Bedürfnissen entsprechend beginne man wieder von neuem. Alles übrige sei überflüssig und nicht zu verwirklichen.

Die „Liberté“ bemerkt zum Schluß: Wenn wir diese Mitteilungen wiederholen, so, um sie zu beklagen und zu warnen vor allen Ueberirridungen, die eine solche Auskunft eines Tages bringen könnte.

Bierzehn gegen einen!

Tschechische Soldateska überfällt Sudetendeutschen

Schon wieder wird ein neuer Ueberfall von tschechischer Soldateska auf Sudetendeutsche bekannt. In Freiwalbau, wo sich schon vor rund zwei Wochen tschechisches Militär wüßte Uebergriffe gegen Sudetendeutsche zuschulden kommen ließ, wurde der Beamte Schmidt aus Venisch in Währen bei dem Verlassen eines Gasthauses, etwa 200 Schritte von dem Lokal entfernt, von zehn bis vierzehn tschechischen Soldaten überfallen. Die Angehörigen des Militärs, die kurz vor Schmidt das Gastzimmer verlassen hatten, schlugen dem Sudetendeutschen mit stumpfen Gegenständen zu Boden und mißhandelten ihn schwer. Sie beschimpften den Wehrlosen dabei mit den Worten: Henlein-Schwein!

Der Vorfall hat in der Bevölkerung von Freiwalbau und Umgebung starke Erregung hervorgerufen. Die amtärztliche Untersuchung Schmidts, ausgeführt durch den Militärarzt und durch den Distriktsarzt Dr. Lint, hat schwere Verletzungen am ganzen Körper des Mißhandelten festgestelt.

Dem Beauftragten Schmidts, Losert, gelang es in der Dunkelheit, der Uebermacht zu entkommen und die Gendarmeriestation zu verständigen. Bezeichnenderweise weigerte sich der Gendarmeriewachmeister Kral einzuschreiten.

Gegen die Lügenheze

Gaulleiter Bürckel vor der Auslandspresse

Reichskommissar Gaulleiter Bürckel empfing heute eine Reihe bekannter Auslandsjournalisten, die auf Einladung des Reichspropagandaministeriums nach Wien gekommen war. Um besonders die in den letzten Tagen in der Auslandspresse über Oesterreich verbreiteten Lügen und Greuelmärchen zu widerlegen, sollte ihnen Gelegenheit gegeben werden, sich an Ort und Stelle von der Unrichtigkeit der verbreiteten Behauptungen zu überzeugen.

Gaulleiter Bürckel erklärte sich den Auslandsjournalisten gegenüber bereit, alle an ihn gerichteten Fragen zu beantworten, und dies geschah auch in denkbar freimütiger und oft humorvoller Weise. Die Fragen der ausländischen Pressevertreter berührten die verschiedensten Themen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Es war dabei erfreulicherweise festzustellen, daß vor allem der positiven Seite, nämlich dem Aufbau der Partei, der staatlichen Organe und der Wirtschaft, der Arbeitsbeschaffung und den übrigen aufbauenden Maßnahmen der nationalsozialistischen Staatsführung in Oesterreich zuwandten.

Die Auslandsjournalisten begaben sich anschließend in die Wiener Gaulleitung, wo sie einer Tagung der Kreisleiter und Gauamtsleiter beiwohnten, bei der Gaulleiter Globocnik eine Ansprache hielt.

Warum noch länger das Instrument der Uneinigkeit?

Drahtlose Kritik an der Genfer Liga im Oberhaus

London. Im englischen Oberhaus lenkte Lord Amber (konservativ) die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, die

Sagung der Genfer Liga so abzuändern, daß eine Behebung von Beschwerden einer Bestrafung für einen Angriff vorangeht. Die Genfer Liga hätte, so sagte Lord Amber, Oesterreich rechtzeitig das Selbstbestimmungsrecht zugubilligen oder den alten Doppelstaat durch Vereinigung mit Ungarn wiederherstellen sollen. Stattdessen habe die Liga nichts anderes getan, als einem unwirtschaftlichen Staatswesen, das durch den Vertrag von Versailles geschaffen worden sei, Geld zu leihen. Japan und Italien gegenüber habe sich die Genfer Liga ähnlich verhalten. Was die Tschechoslowakei anbelange, so sei die schlechte Behandlung der Sudetendeutschen in Genf seit vielen Jahren bekannt. Aber die Liga habe gleichgültig gewartet, bis die Ereignisse zu einer Krise führen mußten.

Wäre Deutschland zur Unterstützung der schlechtbehandelten Sudetendeutschen marschiert, dann allerdings hätte sie nicht gezögert, Deutschland zum Angreifer zu stampeln. Was habe man den kolonialen Beschwerden Deutschlands gegenüber getan, bei denen der Führer so viel Langmut gezeigt habe.

Nichts habe die Genfer Liga getan, um das Diktat von Versailles zu zerreißen. Das hätte man niemandem überlassen sollen, außer der Genfer Liga.

Lord Stonehoben (konservativ) stellte fest, daß seiner Auffassung nach der Genfer Verein verschwinden könnte. Warum, fragte er, dürfte dieser nicht das gleiche Schicksal erleiden wie die heilige Allianz. Er sehe nicht, welcher Grund dafür spreche, dieses Instrument der Uneinigkeit zu erhalten, lediglich aus dem Grunde, daß es Teil eines der schlechtesten Verträge sei, die man je abgeschlossen habe.

Keine Rücksicht mehr auf Moskauer Verschleppungsmanöver

Sinnlos hat auch London genug

London. Auf der gestrigen Sitzung des Hauptunterauschusses des Nichteinmischungs Ausschusses wurde ein Ueberentkommen über die Finanzierung des Planes zur Rückziehung der Freiwilligen aus Spanien erzielt. Nur einige Punkte blieben noch offen, bei denen der Sowjetvertreter wiederum Einspruch erhob. Da dieser jedoch der einzige ist, der gegenüber den letzten finanziellen Vorschlägen Hemmings Einwendungen zu machen hatte, sind sowohl der Vorsitzende des Hauptunterauschusses wie auch dessen Mitglieder entschlossen, unter Aufhebung der Sowjetopposition weiterzuarbeiten.

de Valera wieder Ministerpräsident

Erste Sitzung des neugewählten irischen Parlaments

Das neugewählte irische Parlament hielt seine erste Sitzung ab, bei der de Valera wieder zum Premierminister gewählt wurde. de Valera verließ darauf das Parlament, um den Staatspräsidenten aufzusuchen, der ihn dann formell zum Ministerpräsidenten ernannte. Im Parlament erhielt de Valera eine Mehrheit von 75 gegen 45 Stimmen.

Politische Rundschau

Frankreich stellt ein neues Armeekorps auf. Das amtliche französische Gesandtschaftsblatt veröffentlicht zwei Erlasse zur Stärkung der Landesverteidigung. Einer von ihnen betrifft die Aufstellung eines neuen Armeekorps. Der zweite Erlaß sieht die Verwendung von Eingeborenen in den Armeekorps und verschiedenen Dienstbereichen des Mutterlandes, gegebenenfalls auch in der Luftarmee, vor.

Todesstrafe für Spionage jetzt auch in Frankreich. Unter den Bestimmungen der Regierung Daladier befindet sich auch ein Dekret, das die Todesstrafe für Spionage einführt. Zur Begründung wird darauf hingewiesen, daß in vielen anderen Staaten Spionage bereits mit dem Tode bestraft ist.

Kommt es zu einem neuen Chacofront? Die letzten Vermittlungsversuche im Chacofront, an denen Brasilien stark beteiligt ist, nehmen einen wenig aussichtsreichen Verlauf. Bereits treffen Meldungen ein von Truppenbewegungen auf beiden Seiten, und die Grenzbestimmung in Paraguan wie in Bolivien soll bereits ihre Heimat verlassen.

